

Für den politischen Theil:  
C. Foulane,  
für Feuilleton und Vermischtes:  
J. Kleinbach,  
für den übrigen redakt. Theil:  
F. Kassefeld,  
sämmlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Anzeratentheil:  
J. Klugkist in Posen.

# Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Nr. 752

Die „Posener Zeitung“ erscheint wöchentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4.50 M., für die Stadt Posen 5.45 M., für ganz Preussland, Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Dienstag, 27. Oktober.

Anzerate, die sechsgehaltene Beilage oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bezugsunfähiger Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Morgenausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Mittagsausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen.

1891

## Deutschland.

Berlin, 27. Oktober.

Der Mordprozeß Heinze ist von der reaktionären Presse weidlich zu ihren Zwecken ausgenutzt worden und die „Nordd. Allg. Ztg.“ wird immer noch nicht müde, denselben auszuschlachten. Nach den Bertheidigern, die in dem Pindtischen Blatte bekanntlich ihr Theil bereits abbekommen haben, kommt die Deffentlichkeit der Verhandlungen beziehungsweise die Berichterstattung an die Reihe. In einem neuerlichen Artikel des Blattes wird zunächst die rhetorische Frage aufgeworfen, ob es nicht besser gewesen wäre, der Prozeß wäre in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt worden? Die Antwort auf diese Frage giebt das Blatt in bejahendem Sinne sofort selbst, indem es behauptet, die Dinge, die in dem Prozeß zur Sprache gekommen seien, hätten „die Sittlichkeit nicht nur gefährdet, sondern geschädigt“. Einen Beweis für diese Behauptung zu erbringen, dürfte der „Nordd. Allg. Ztg.“ einigermaßen schwer fallen, da an der „Sittlichkeit“ des größten Theiles des Publikums, welches bei dem Heinze'schen Prozeß den Gerichtssaal gefüllt hat, kaum viel Schaden anzurichten sein dürfte. Dagegen kann es nur von Vortheil sein, daß durch die öffentliche Verhandlung auch weitere Kreise Kenntniß erhalten haben von gesellschaftlichen Zuständen, die sie bis dahin wahrscheinlich als nur in der Phantasie der Verfasser von Schauerromanen existierend betrachteten. Wenn auch in der Diskussion, die sich in der Presse an den Prozeß Heinze geknüpft hat, sehr viele ungereimte Vorschläge gemacht worden sind, so muß dieselbe im Großen und Ganzen doch klärend wirken und ihr Theil zur früheren oder späteren Beseitigung der in Betracht kommenden Uebelstände beitragen. Zu einem Angriff auf die Deffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen, der jetzt schon Schranken genug gesetzt sind, bezw. auf die Berichterstattung durch die Presse giebt dieser Prozeß wirklich gar keine Veranlassung. Im Uebrigen verdient bemerkt zu werden, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich mit dem Prozeß Heinze viel mehr beschäftigt, als mit dem Orden- und Titelhandels-Prozeß Manché, der doch des Interessanten so viel bietet.

Ueber die neuen Lehrpläne für die höheren Schulen schreibt die „Pommersche Reichspost“, daß die pommerschen Gymnasien schon vor acht Wochen im Besitz derselben gewesen seien. Seit jener Zeit seien diese Lehrpläne Gegenstand der Berathung in den Lehrerkonferenzen gewesen, deren Ergebnisse bis zur Mitte des November den königlichen Behörden bekannt zu machen seien. Dann erst werde seitens des Kultusministeriums eine endgiltige Feststellung der Lehrpläne erfolgen. Die Versammlung des Vereins der Lehrer an den höheren Schulen Pommerns habe bereits am 2. Oktober in Kolberg eingehend über die neuen Lehrpläne debattirt. Von einer Beobachtung des strengsten Amtsgeheimnisses könne also keine Rede sein. Das Blatt behauptet weiter, daß den Berliner Gymnasien die neuen Lehrpläne überhaupt nicht zugesandt worden seien.

Aus dem Wahlkreise Stolp-Lauenburg schreibt man der „Danz. Ztg.“ vom Sonntag:

Die Wahllegitation steht nun auf ihrer Höhe, ob aber die konservative Partei in Bezug auf die Wahl der seltamen Mittel, mit denen sie den freien Meinungsaußdruck ihrer Gegner niederzuhalten strebt, ebenfalls schon auf dem Gipfelpunkt angelangt ist oder noch neue Ueberraschungen in petto hat, ist schwer zu sagen. Was man aber bis jetzt weiß, wird schon eine recht hübsche Sammlung für den Reichstag zu dem Kapitel der unzulässigen Wahlbeeinflussungen abgeben. Dringend notwendig ist es, daß die Liberalen alle Uebergriffe sorgsam feststellen und das Beweismaterial sammeln. Wir zweifeln nach dem, was bis jetzt bekannt wird, nicht daran, daß man eine drastische Illustration dafür erhalten wird, was man in Hinterpommern „Freiheit der Wahlen“ nennt. Fast noch eifriger als auf dem Lande scheint man in der Stadt Lauenburg bemüht zu sein, die Liberalen mundtot zu machen. Die Vertheilung von Wahlschriften wird nach Kräften gehindert, das öffentliche Anschlagen von Aufrufen u. s. w. gestattet die Polizei nicht. Donnerstag Mittag sah man in der Stadt Lauenburg den Chef der Polizei damit beschäftigt, derartige Anschläge — die allerdings nach der in Preußen in Bezug auf das Plakatwesen noch bestehenden Bestimmung des Preßgesetzes von 1851 der polizeilichen Zulassung bedürfen — eigenhändig zu entfernen. Versammlungen vermögen in Lauenburg die Liberalen auch nicht abzuhalten, da man ihnen die Lokale vorenthält. Das dortige Schützenhaus ist (angeblich von dem Bürgermeister) auf die drei Tage bis zur Wahl für konservative Zwecke gemiethet und damit den Liberalen verschlossen worden. Welche Früchte das Verfahren zeitigen wird, darauf darf man mit Recht gespannt sein.

Gleichzeitig wird der „Freis. Ztg.“ aus dem Wahlkreise noch Folgendes geschrieben:

Ein gefäßiges Flugblatt gegen den liberalen Kandidaten im Wahlkreise Stolp-Lauenburg, Herrn Dau, hat Herr von Below-Saleste veröffentlicht. Der verehrte Herr müßt sich ab, zu beweisen, daß Herr Dau nicht schlechtweg liberal, sondern deutsch-freisinnig ist. Und auf Grund dieser erschütternden Ent-

deckung zählt Herr v. Below-Saleste eine Reihe von Abstimmungen der Fortschrittspartei und der freisinnigen Partei auf, um darauf den vom Fürsten Bismarck am 24. Januar 1887 im deutschen Reichstag gesprochenen Satz aufzubauen: „Alles, was Deutschland groß, reich und einig gemacht hat, ist immer von der freisinnigen Partei bekämpft worden“ (obwohl die freisinnige Partei bekanntlich erst seit 1884 besteht). Welcher Art die Verdächtigungen sind, welche in dem Flugblatt vom Stapel gelassen werden, erhebt aus dem Satz, daß die Fortschrittspartei 1870 gegen das einheitliche Strafgesetzbuch gestimmt habe, weil dasselbe zu scharf sei, obgleich sonst alle Parteien annehmen, daß man im Strafgesetzbuch vergeblich nach Schutz gegen viele und unerträgliche Uebergriffe des Gaunerthums sucht. In einem anderen Satze wird es so darzustellen versucht, als ob die freisinnige Partei eine Beschützerin des Sklavenhandels wäre. Das ganze Flugblatt ist lediglich ein Sammelurium von Entstellungen und Verdächtigungen. Ueber diejenigen Fragen, welche das Volk gegenwärtig am meisten berühren, über die Rheinerungsfrage, über die Frage der zweijährigen Dienstzeit, den neuen Trunkstichgesetzentwurf u. s. w. schweigt Herr v. Below-Saleste sich kluglich aus.

Reinerz, 26. Oktober. Der hiesige Pastor Klein hat bekanntlich das Mißfallen der Regierung dadurch erregt, daß er einen Nothstand fand, wo die Regierung keinen sah. Die Folge dieses Mißfallens war eine Disziplinaruntersuchung, welche nach einem kirchlichen Blatte damit endete, daß das schlesische Konsistorium ihm einen Verweis ertheilte. Außerdem hat aber die königliche Regierung in Breslau am 12. Sept. in Reinerz eine Konferenz abhalten lassen, in welcher von Pastor Klein die Auslieferung der von ihm gesammelten Gaben an die beiden ihm feindlichen Nothstandskommissionen Reinerz und Rüders verlangt worden ist. Dies Verlangen ist von dem Superintendentenverwalter Wittenhagen auf Anordnung des Konsistoriums unterstützt worden. Pastor Klein aber hat sich geweigert, ihm stattzugeben, da er die Verfügung über die Gelder der aus hochangesehenen Gliedern des Kreises bestehenden Kontrollkommission übertragen hatte. Räthselhaft bleibt es, wie überhaupt die Regierung von Pastor Klein die Auslieferung der gesammelten Gaben verlangen konnte.

## Aus dem Gerichtssaal.

Leipzig, 23. Okt. [Reichsgericht-Entscheidung.] Die falsche Vorspiegelung des Kredituers dem Kreditgeber gegenüber, daß seine Verwandten ihn hinsichtlich der Zahlung seiner Schulden nicht im Stich lassen werden, genügt nach einem Urtheil des Reichsgerichts, III. Strafl., vom 15. Juni 1891 nicht zur Verurteilung des Thäters wegen Betruges, bezw. Betrugsversuches, selbst wenn er als Verwandter eine Person namhaft gemacht hat, welche thatsächlich nicht zu ihm in einem verwandtschaftlichen Verhältnisse steht.

Glück, 22. Okt. [Schwurgericht.] Heute betrat der Freiherr Alfons Wolf von Regler, früher in Breslau, i. Z. in der Strafanstalt zu Wohlau als Strafgefangener, die Anklagebank. Am 7. Februar 1889 wurde derselbe, wie die „Bresl. Ztg.“ berichtet, vom Landgericht zu Breslau wegen sechs vollendeter und elf verurtheilter Betrugsfälle zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt; vorher war er auch schon wegen betrügerischen Bankrotts und wissentlich falscher Anschuldigung angeklagt gewesen, in beiden Fällen aber freigesprochen worden. Der Angeklagte hatte sich der Landwirthschaft gewidmet und war bei mehreren schlesischen Gutsbesitzern im Dienst gewesen; später hatte er in Breslau eine Frau Rudloff kennen gelernt, mit der er Wechselgeschäfte betrieb. Im Jahre 1884 lernte er die vermählte Baronin Buttler, geborene von Ziegenberg, in Kojelwitz, Kreis Rosenberg, kennen und heirathete sie. Das circa siebenhundert Morgen große verpachtete Rittergut war gar bald verwirtschaftet und kam zur Subhastation. Im Herbst 1885 kaufte v. Regler die de n Gutsbesitzer Dabich gehörigen Güter Nr. 2 und 4 in Nieder-Langenau (Antheil Schnallenstein) für 75 000 M. Die Hypothekenschulden von 66 300 M. blieben auf den Gütern stehen, und da v. Regler kein Geld hatte, wurde die Anzahlung v. von 8700 M. ebenfalls eingetragen; so war er, ohne einen rothen Seller bezahlt zu haben, Besitzer zweier leerer Güter. Von Regler wußte sich Rath; eine Frau Kerber in Breslau hatte ihr Verhelfgeschäft aufgenommen und besaß 600 Mark, diese wurden geborgt, um Kasse zu kaufen; Frau Kerber selbst wurde Wirthschafterin und die Kasse wurden ihr verpfändet. Im Mai 1886 kaufte Regler bei einem Kaufmann in Breslau landwirthschaftliche Maschinen im Werthe von 700—800 Mark, bezahlte aber nur 150 M. Die Maschinen und die letzten noch vorhandenen Stämmchen Wald wurden verkauft. Es folgte Klage auf Klage wegen fälliger Zinsen und anderer Schulden, und im März 1887 mußte der Gerichtsvollzieher erklären, daß Pfändung fruchtlos sei. Da mit den Zinszahlungen nicht Ordnung gehalten wurde, beantragte eine Gläubigerin, Frau Majorin Vitti von Kupa in Breslau, die Zwangsverwaltung, und am 16. Mai dieses Jahres wurde ein Sequester auf das Gut gesetzt. Bei der Inventaraufnahme fehlten zwei Pferde, die genannten Maschinen und drei neue Eggen. Regler war deshalb wegen betrügerischen Bankrotts zum zweiten Male angeklagt, vom königlichen Schwurgericht am 21. Oktober 1890 auch für schuldig erachtet und unter Umwandlung der Gefängnißstrafe zu fünf Jahren Zuchthaus und sechs Jahren Ehrverlust verurtheilt. Der Angeklagte hatte gegen beide Urtheile beim Reichsgericht Revision eingelegt, denn nach seiner Ansicht war er unschuldig und nur ein Opfer des Kriminal-Kommissars Stein. Das Reichsgericht hatte jedoch das Urtheil vom 7. Februar 1889 bestätigt, dagegen das vom 21. Oktober v. J. wegen mehrerer Formfehler aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung vor das Schwurgericht verwiesen. Durch die wiederholte umfangreiche Beweisaufnahme wurde wiederum festgestellt, daß er, als die Zwangsverwaltung eingeleitet wurde, zwei Pferde sechs Tage in dem zwei Stunden entfernten Grafenort in fremdes Futter gegeben hatte, wofür er 21 Mark zahlen mußte; daß er die Pferde sogar in der Nacht habe verkaufen wollen, daß er die Maschinen bei Seite geschafft und verheimlicht hatte. Auch heute behauptete v. Regler seine Unschuld. Die den Geschworenen vorgelegte Frage: Ist der Angeklagte schuldig,

indem er als Schuldner seine Zahlungen eingestellt hat, in der Zeit vom Monat März bis Mai 1887 zu Langenau, in der Absicht, seine Gläubiger zu benachtheiligen, Vermögensstücke verheimlicht oder bei Seite geschafft zu haben? wurde von denselben abermals mit „Ja!“ beantwortet, die Frage nach dem Vorhandensein mildernder Umstände verneint. Hieraus wurde der Angeklagte abermals wegen betrügerischen Bankrotts unter Abrechnung der bereits verbüßten Strafe zu 5 Jahren Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 6 Jahren verurtheilt.

Mainz, 24. Okt. In der heutigen Sitzung des Schöffengerichts kam eine Klage des Gouvernements wegen Verleumdung des Majors Sorge vom 87. Infanterie-Regiment gegen den verantwortlichen Redakteur J. Ulrich der „Mainz. Nachr.“ zur Verhandlung. In der Nummer vom 9. Juli des oben genannten Blattes war eine Mittheilung enthalten, daß die in Kassel garnisonirende Kompagnie des 87. Infanterie-Regiments am 7. Juli bei glühendster Siebheize nach Esenheim habe marschiren müssen; unterwegs seien eine Anzahl Leute niedergefallen und drei derselben seien vom Hitzschlag betroffen worden. In diesem Artikel erlitt die Militärbehörde eine Verleumdung des die Kompagnie führenden Majors und stellte Strafantrag. Der Vertreter der Staatsbehörde beantragte eine Geldbuße von 25 Mk. Das Gericht verurtheilte das Urtheil auf die nächste Woche.

## Vermischtes.

Ueber das Alchymisten-Kunststück, aus Silber Gold zu machen, liegen nunmehr nähere Mittheilungen vor. Der „Köln. Ztg.“ zufolge ist es Professor Carey Lea zu Philadelphia, welchem dieser Umwandlungsprozeß des Silbers gelungen ist und der als Probe an die Pariser Akademie der Wissenschaften eine Sammlung solcher Silberplatten geschickt hat, die sich äußerlich in nichts von reinem Golde unterscheiden. Die Verwandlung des Metalls ist damit freilich nicht bewiesen, auch nicht wahrscheinlich geworden, aber der von Carey Lea entdeckte Vorgang, auf chemischem Wege Silber in seinem Aussehen so zu verändern, daß es nicht leicht von Gold unterschieden werden kann, wirft einiges Licht auf gewisse frühere Versuche zur Verwandlung von minder edlen Metallen in Gold. Prof. Berthelot, der der Pariser Akademie die Carey'schen Proben vorlegte, erläuterte die Herstellung soweit, daß dabei Citronensäure und Eisen eine Hauptrolle spielen. Die chemische Analyse einer Probe zeigte, daß letztere aus 98 Proz. Silber und 2 Proz. Citronensäure (Acidum citricum) nebst etwas Eisen besteht. Leider ist das schöne Metall in seiner goldgleichen Farbe nicht sehr dauerhaft, starker Hitze ausgesetzt, verliert es sofort seinen gelben Glanz und wird wieder silberfarbig, ja sogar ein harter Schlag mit einem Hammer vermag diese Rückbildung herbeizuführen. Vielleicht gelingt es, die Verbindung des Silbers mit der Citronensäure haltbar zu machen, und in diesem Falle würde ein Metall gefunden sein, das sich in hohem Grade zur Darstellung mancher kostbarer Gegenstände eignen dürfte. Vielleicht haben einige ältere Alchymisten die Gewinnung der Citronensäure gekannt, sie ist ja einfach genug, und aus den Versuchen mit den Krystallen derselben die dadurch verursachte Färbung des Silbers entdeckt. Es ist dies auch deshalb ziemlich wahrscheinlich, weil gerade Substanzen, welche eine gelbliche Farbe besitzen, von den Alchymisten mit Vorliebe auf ihre etwaigen goldmachenden Eigenschaften untersucht wurden. Van Helmont erzählt, daß ein irischer Edelmann James Butler, der zu Bilvoorden gefangen saß, einen gelben, porösen, nach gebranntem Seefalz riechenden Stein besessen habe, mit dem man angeblich Gold habe machen können. Butler habe ihm etwas von diesem Stein gegeben in Gestalt eines Pulvers von der Farbe des Safrans, das wie grob gestoßenes Glas geschimmert habe. Van Helmont behauptet, mit diesem Pulver 8 Unzen reines Gold gemacht zu haben, und zwar aus Quecksilber. Der berühmte Helvetus will von einem Fremden ein ähnliches Pulver erhalten und damit Blei in Gold verwandelt haben. Ein gewisser Nicht-hausen gab dem Kaiser Ferdinand III. 1648 ein rothes Pulver, das er angeblich von einem Fremden erhalten habe. Mit diesem glaubte der Kaiser Quecksilber in Gold umgewandelt zu haben und erließ an den Fremden eine Aufforderung, sich zu melden unter Zusage einer Belohnung von 100 000 Reichsthalern. Es kam aber niemand, denn die Umwandlung in Gold war jedenfalls nicht echt.

## Lokales.

Posen, den 27. Oktober.

Dr. Der öffentliche Vortrag des apostolischen Wanderpredigers Herrn Dr. phil. Joh. Flegel gestern Abend im Lambert'schen Saale war wieder recht gut besucht und erzielte die nach Schluß desselben veranstaltete Teller Sammlung einen Ertrag von 21 Mark.

Dr. Die jüdische Waisenanstalt in der unteren Mühlenstraße Nr. 3 ist gestern Mittag zwischen 12 und 1 Uhr von dem Herrn Polizeidirektor von Nathusius und Frau Gemahlin, den Herren Kaufleuten Kronthal und Heilbronn, sowie der Frau Kommerzienrathin Jassé einer eingehenden Besichtigung unterzogen worden.

Dr. Bewohnbare Kellerräumlichkeiten. Von Herrn Kreisphysikus Medizinalrath Dr. Kunau sind im Laufe des gestrigen Tages die Kellerräumlichkeiten des Grundstückes Bäckerstraße 22/23 auf ihre Bewohnbarkeit in gesundheitlicher Beziehung hin untersucht worden. Von den dort vorhandenen 16 Räumlichkeiten konnten nur 3 für bewohnbar erklärt werden, während die übrigen 13 als nicht bewohnbar erklärt werden mußten.

Dr. Ein größerer Menschenauflauf entstand gestern Nachmittag um 4 Uhr dadurch, daß ein angetrunkenen Kutscher mit der Deichsel seines Fuhrwerks in ein anderes Fuhrwerk hineinfuhr. Durch den betreffenden Schuttmannsposten wurde der Auflauf beseitigt und die Ruhe wieder hergestellt.

Dr. Verhaftet wurde gestern auf der Wallischei ein Arbeiter, welcher in seiner Wohnung ruhestörenden Lärm verursachte. Der gewaltthätige Mensch widersezte sich seiner Verhaftung in so



